



Endphase

Ein Gespräch mit Jean Ziegler über die kannibalische Weltordnung, die Dominanz der Finanzoligarchie und wachsendes Bewusstsein für Gerechtigkeit. Außerdem: Das Lenin-Monument im sächsischen Großenhain ist nach 25 Jahren wieder da. Fotoreportage

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 27./28. MAI 2017 · NR. 122 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Gut aufgehoben

Der Verein »Erinnerungsbibliothek DDR« und seine Büchersammlung: Jetzt ist sie im Bundesarchiv

3

Böse gestimmt

Präsident Duterte verhängt das Kriegsrecht über den Süden der Philippinen. Von Rainer Werning

6

Alles normal

Frankreich: Präsident Macron will den Ausnahmezustand offenbar auf Dauer festschreiben

7

Zu bedrohlich

Warum Martin Luther sich auf die Seite der Herrschenden schlug (Teil 1). Von Gerd Wendelborn

12

Gipfel der Paten

Auf Sizilien hat sich das politische Spitzenpersonal der G 7 versammelt. Doch die Agenda des Gastgebers Italien wird von den USA gnadenlos zerpfückt. **Von Klaus Fischer**



Völkerrechtlich nicht legitimiert: G-7-Staats- und Regierungschefs und die EU-Granden Tusk und Juncker am Freitag in Taormina auf Sizilien

Freitag im schönen Taormina auf Sizilien. Vor der bröckeligen Kulisse eines antiken Theaters aus der Römerzeit versammeln sich sieben wichtige Staatenlenker und zwei EU-Granden zum Pressefoto. Italiens Ministerpräsident Paolo Gentiloni guckte da schon nicht sehr optimistisch in die Kameras. Ein paar Stunden später hat er jeden Grund dafür: Von seiner vorbereiteten Agenda für das Treffen der Staats- und Regierungschefs der »sieben führenden Industriestaaten« (G 7) ist nach dem ersten Tag nicht viel übriggeblieben.

Was auch immer heute in der Weltpresse stehen mag – es ist nicht die »Schuld« von Donald Trump und der von ihm angeführten US-Delegation, sondern das Ergebnis widerstreitender Interessen. Und die waren lange vor dem Treffen in der Kulisse mit Blick auf den Vulkan Ätna hinreichend bekannt.

Es sollte beim Gipfel um »Freihandel«, »Klimaschutz« und um »Fragen der Migration« sowie den Umgang damit gehen. Eine Abschlussdeklaration lag als Entwurf auf dem Tisch. Doch ehe die strittigen Handelsfragen überhaupt dran waren, hatte die Delegation aus Washington bereits zwei Vorschläge der Gastgeber zurück in die Schublade befördern lassen: eine gemeinsame Erklärung zur »Ernährungssicherheit« und »umfassende Pläne für eine bessere Bewältigung der Flüchtlingskrise«, wie es die Nachrichtenagentur dpa formulierte. Beide hatten keine Chance, ins Abschlussdokument aufgenommen zu werden. US-Unterhändler hätten darauf bestanden, statt dessen nur zwei Paragraphen in die Abschlusserklärung aufzunehmen, die Grenzsicherung und Sicherheitsaspekte hervorheben, so dpa.

Es wirkte wie Absicht. Im Politikbetrieb auf dieser Ebene werden Tagesordnungen solcher Spitzentref-

fen mit den Beteiligten vorab besprochen. Deshalb ist der offene Dissens erstaunlich. Wollte Gentiloni die US-Amerikaner vorführen, hatte die EU-Führungstrioika aus Berlin, Paris und Rom vor, Trumps Crew auflaufen lassen, sie als Blockierer und Verhinderer zu entlarven? Fragen über Fragen.

Unstrittig ist: Allen Inszenierungsversuchen zum Trotz gibt es im kleinsten und immer noch exklusivsten Zirkel der westlichen Führungsmächte erhebliche Differenzen. In den USA ist mit der Präsidentschaft von Trump jener Teil der Kapitaleliten in Regierungsverantwortung, der auf eine Politik des »America first« setzt und bislang verfolgte Strategien und Taktiken offen hinterfragt. Das war spätestens seit dem 20. Januar sichtbar, auch wenn der Widerstand des anderen Teils der herrschenden Klasse gegen dieses Ansinnen zu keiner Zeit nachgelassen hat.

Weniger deutlich wird in Taormi-

na, dass die Kontrahenten von Trump keinen monolithischen Block bilden. Auch hier gehen die Interessenkonflikte kreuz und quer durch die Lager. Japan hat andere Vorstellungen von Freihandel als Kanada. Frankreich und Großbritannien haben mit der Migrationspolitik der Bundesrepublik wenig am Hut. Die EU kämpft beim Austrittsverfahren gegen London, statt mit den Briten einen tragbaren Kompromiss zu suchen.

Das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC hat deshalb am Freitag nicht zu Unrecht gefordert, die Gruppe abzuschaffen. »Informelle Treffen wie die G 7 und die G 20 haben anders als UN-Institutionen keine völkerrechtliche Legitimität«, sagt Roland Süß vom ATTAC-Koordinierungskreis. »Statt intransparente, nichtrepräsentative Klubs (...) weiterzuführen, ist es an der Zeit, die UN-Institutionen und -Prozesse zu stärken.«

■ Siehe Seiten 8 und 9

US-Allianz tötet Dutzende Zivilisten in Syrien

Deir Ezzor. Bei einem Luftangriff der US-geführten »Anti-IS-Koalition« sind am Donnerstagabend in der Provinz Deir Ezzor mindestens 35 Zivilisten ums Leben gekommen. Das berichtete die syrische Nachrichtenagentur SANA am Freitag. Die Kampfjets hätten den Marktplatz des Ortes Al-Madschadin beschossen. Die Raketen hätten zudem ein Gebäude vollständig zerstört. Bei den Toten handele es sich vor allem um Frauen und Kinder. SANA meldete zudem »eine große Anzahl Verwundeter«.

Ein Sprecher der »Anti-IS-Koalition« erklärte am Freitag, Flugzeuge des Kriegsverbündnisses hätten am Mittwoch und Donnerstag Ziele nahe Al-Madschadin bombardiert. Die Ergebnisse würden ausgewertet. Nach Angaben der in Großbritannien ansässigen »Beobachtungsstelle für Menschenrechte« wurden bei Luftangriffen in Al-Madschadin sogar 106 Menschen getötet.

(Reuters/JW)

Kitas müssen Impfgegner melden



Berlin. Die Bundesregierung will konsequenter gegen Eltern vorgehen, die sich einer Impfberatung verweigern. Das geht aus dem Entwurf eines Gesetzes hervor, das am 1. Juni im Bundestag beschlossen werden soll. Demnach müssen Kitas Eltern, die bei der Anmeldung keinen Nachweis der Beratung vorlegen können, künftig beim Gesundheitsamt melden. Über die geplante Neuregelung hatte zunächst Bild berichtet. »Damit erhalten die Gesundheitsämter die nötige Handhabe, um auf die Eltern zuzugehen und sie zur Beratung zu laden«, hieß es am Freitag aus dem Gesundheitsministerium. Der Nachweis einer Impfberatung bei der Kita ist seit Inkrafttreten des Präventionsgesetzes Mitte 2015 Pflicht. Wer sich hartnäckig weigert, dem droht eine Geldbuße in Höhe von 2.500 Euro. Die Kitas konnten bisher aber entscheiden, ob sie Eltern, die keine Impfberatung belegen können, beim Gesundheitsamt melden. (dpa/JW)

Politik im Ausnahmezustand

Repressionen und Spiel auf Zeit: Brasiliens Präsident Temer verzögert seine Auswechslung

Nur einen Tag nach Inkrafttreten hat Brasiliens Staatschef Michel Temer ein Dekret wieder aufgehoben, welches das Militär zur Ausübung polizeilicher Aufgaben im Bundesdistrikt Brasília bevollmächtigte. Ursprünglich sollte es bis zum 31. Mai gelten. Der Präsident hatte gewalttätige Auseinandersetzungen am Rande einer Großdemonstration der Gewerkschaften gegen seine Regierung und deren Politik am vergangenen Mittwoch zum Anlass genommen, vor Amtsgebäuden in der Hauptstadt Soldaten aufziehen zu lassen.

Temers Rückzieher erfolgte auf massiven Druck auch aus dem eigenen Lager. Im Parlament war es nach Bekanntwerden des Beschlusses zu Tumulten zwischen rechten und linken Abgeordneten gekommen, der konservative Unterhauspräsident Rodrigo Maia dementierte, dass auch er für den Ruf nach dem Militär verantwortlich wäre. Seine Berater machten Temer klar, dass Maßnahmen, die an die Diktaturzeit (1964–1985) erinnern, die Proteste der Bevölkerung gegen sein neoliberales Programm weiter anfachen würden. Gegen den

Präsidenten laufen Ermittlungen wegen Beteiligung an organisierter Kriminalität, wichtige Vertraute Temers sind bereits in Haft. Mit einem Rekord-Generalstreik am 28. April, landesweiten Massenprotesten, zuletzt mit 150.000 Teilnehmern in Brasília, hat die linke Opposition nach dem Machtverlust im vergangenen Jahr ihre wiedergewonnene Stärke demonstriert.

Um den von Temer eingeschlagenen Weg – Abbau der Sozialsysteme, Beseitigung von Rechten der Beschäftigten, Unterordnung Brasiliens unter

US-Interessen – fortsetzen zu können, halten führende Kapitalkreise, deren Sprachrohr der mächtige Medienkonzern Globo ist, einen »Pferdewechsel« für unerlässlich. Doch der Präsident verweigert den Rücktritt, der seine Immunität sofort außer Kraft setzen würde. Statt dessen versucht er, mit juristischen Finten mehrere Verfahren gegen ihn in die Länge ziehen zu lassen. Für eine Amtsenthebung wäre das Plazet Maias sowie beider Kammern des Nationalkongresses erforderlich.

Peter Steiniger

jW wird herausgegeben von 2.041 Genossinnen und Genossen (Stand 28.4.2017)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 902000